



## Spitzengespräch tbb/DGB mit Finanz- und Innenministerium **tbb fordert Stopp für weiteren Personalabbau**

Erfurt, 12. Februar 2019

**Beendigung des Stellenabbaupfads für den öffentlichen Dienst,  
systemgerechte Übertragung des Landes-Tarifvertrages zur Verwaltungsre-  
form auf Beamtinnen und Beamte,  
zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses der lau-  
fenden Verhandlungen mit der TdL auf die Thüringer Beamtinnen und Beam-  
ten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kom-  
munen, sowie  
Informationen zum beste-  
henden Thüringer Pensions-  
fonds**

waren die Themen eines tur-  
nummäßigen Spitzengesprächs  
zwischen Staatssekretär Hart-  
mut Schubert (Finanzministe-  
rium) und Staatssekretär Udo  
Götze (Innenministerium) so-  
wie tbb und DGB.



Staatssekretär Schubert verdeutlichte eingangs die Notwendigkeit eines wei-  
teren Stellenabbaus gemäß dem Personalentwicklungskonzept 2025, wies  
aber darauf hin, dass der Abbau für die Bereiche innere Sicherheit und Bildung  
weiter verschoben wurde. Der tbb-Vorsitzende Helmut Liebermann verdeut-  
lichte erneut, dass diese Konzeption vom tbb abgelehnt wird. Die logische  
Konsequenz eines Personalabbaus ohne die Bereiche Inneres und Bildung  
wäre die komplette Abschaffung des „übrigen“ öffentlichen Dienstes, solange  
an den Zahlenvorgaben in der Summe festgehalten wird. DGB und tbb vertre-  
ten in dieser Angelegenheit identische Positionen, machte der Vorsitzende des  
DGB Hessen-Thüringen Michael Rudolph deutlich. Beide Spitzenverbände for-  
derten erneut die Abkehr von weiterem Stellenabbau.

Im Herbst 2018 hatte sich die Thüringer Landesregierung mit dem dbb und  
verdi auf einen Tarifvertrag zur Umsetzung der Verwaltungsreform geeinigt.  
Der tbb hatte die systemgerechte Übertragung auf den Beamtenbereich ge-  
fordert. In welchen Details eine Notwendigkeit zur gesetzlichen Übertragung  
auf den Beamtenbereich gesehen wird, sei seitens der Landesregierung noch  
nicht entschieden, wurde uns mitgeteilt.

**tbb-konkret**

Die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifiergebnisses für die Beschäftigten der Länder ist eine Forderung an die Landesregierung. Der tbb übergab eine dpa-Mitteilung vom 6. Februar, in der mitgeteilt wurde, dass der Brandenburger Finanzminister Christian Görke dem Beamtenbund und den weiteren Gewerkschaften die Zusicherung der dortigen Landesregierung mitgeteilt hat, das Tarifiergebnis eins zu eins für die Brandenburger Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger zu übernehmen. Helmut Liebermann äußerte seine Erwartung, dass die Thüringer Landesregierung vergleichbar handeln möge wie Brandenburg und mehrere weitere Bundesländer. Herr Schubert und Herr Götze sicherten zu, das Thema ins Kabinett einzubringen.

Das TFM sicherte zu, Informationen zum nach wie vor bestehenden Pensionsfonds zur Verfügung zu stellen.